

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. subd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strasbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 4. September.

In Deutschland haben die schon seit längerer Zeit zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt schwebenden Verhandlungen nach dem „Provinzial-Corr.“ am 3. d. M. zur Unterzeichnung eines Friedens-Vertrages geführt. Nach den Festsetzungen des Vertrages zahlt die Großherzoglich hessische Regierung an Preußen eine Kriegs-Entschädigung von 3 Millionen fl. An Gebietszuwachs erwirbt Preußen die Landgrafschaft Homburg mit dem Oberamt Weisenheim, die Kreise Biedenkopf und Wöhl, den nordwestlichen Theil des Kreises Siegen mit Ausschluß der Stadt Siegen, ferner Rüdelsheim und Niederursel. Als Entschädigung erhält das Großherzogthum Hessen einige bisher zu Kurhessen und Nassau gehörige Gebietsstücke (Entlaven). Der Erwerb Preußens an Land und Leuten beträgt ungefähr 20 Quadrat-Meilen mit etwa 60,000 Einwohnern. Zu den Friedensbedingungen gehört noch, daß Ober-Hessen in den norddeutschen Bund eintritt, daß Hessen-Darmstadt sich den schon anderweitig getroffenen Vereinbarungen wegen Aufhebung der Schiffsabzugs-Abgaben auf dem Rhein und Main anschließt und daß es die von Preußen geforderten wichtigen Zugeständnisse in Betreff des Post- und Telegraphenwesens gewährt. Mit Meinungen sind die Verhandlungen als erfolglos abgebrochen, weil der Herzog auf die Bedingungen, die Preußen rücksichtlich der Aufnahme Meiningens in den norddeutschen Bund gestellt hat, entschieden nicht eingehen will. Die preussische Regierung hat sich bereit erklärt, die Verhandlungen wieder anzuknüpfen, wenn der Herzog sich dazu versteht, die Regierung dem Erbprinzen abzutreten. Dazu soll sich der Herzog bereit erklärt haben und es hat sich in Folge dessen der Erbprinz von Sachsen-Meinungen am Mittwoch früh zur Uebernahme der Regierung nach Meiningen begeben. — Die eigentlichen Unterhandlungen zwischen Preußen und Sachsen haben erst in diesen Tagen ihren Anfang genommen. Folgende sächsische Städte werden, soweit bis jetzt bestimmt ist preussische Garnisonen erhalten: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Glauchau, Freiberg, Annaberg, Meissen, Zwickau, Plauen, Marienberg. Man ersieht hieraus, daß sämtliche Städte von einiger Bedeutung auf dem linken Elbufer preussische Garnisonen erhalten. Die auf dem rechten Ufer gelegenen Städte Bautzen und Wittau werden von Sachsen besetzt, so weit diese nicht nach Preußen verlegt werden. Eine kaum zu beschreibende Aufregung hat in Sachsen eine Bekanntmachung des General-Gouverneurs v. Schach bewirkt, die während der Dauer des Kriegszustandes die Abhaltung aller öffentlichen Versammlungen, welche die Besprechung politischer Gegenstände beabsichtigen,

für das gesammte Königreich verbietet. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ bemerkt dazu:

Was ein solches Verbot gerade jetzt veranlaßt, nachdem man während des eigentlichen Krieges und der darauf folgenden Okkupationszeit das Vereins- und Versammlungsrecht ruhig hat gewähren lassen, ist uns unbekannt, ebenso auch, in welchem Sinne und Umfange man den Begriff „öffentliche Versammlungen“ nimmt, ob man darunter auch streng in sich abgeschlossene und nur vertraulich beratende Kreise, wie z. B. die bekannten hiesigen Centralhalle-Versammlungen versteht. Der Ausschluß dieser letzteren, der gerade für heute wieder eine solche Versammlung ansagen wollte, hat es für jedenfalls angezeigt gehalten, davon abzusehen und die schon ausgefertigte Einladung zurückzuhalten.

Von manchen Seiten wird dies Verbot des preussischen Gouvernements dahin ausgelegt, daß die Friedensverhandlungen so weit gediehen seien, um es für politisch geboten zu erachten, der Bewegung gegen das Fortbestehen der Souveränität Sachsens Einhalt zu thun. Von anderer Seite leitet man jedoch den Ursprung dieses Verbotes von einem Zwiespalt ab, der in Berlin zwischen der kühneren Annexionspolitik und der scrupulösen Gewissenhaftigkeit in Bezug auf Legitimität, volle Souveränität und dergleichen bestehen soll. — Es war von einer Verabredung mit den süddeutschen Staaten Betreffs der Umwandlung des Guldenfußes in den Thalersfuß von der officiösen „Bad. Landeszeitung“ berichtet worden. In den unterrichteten Kreisen Berlin's ist davon jedoch nichts bekannt. — Bezüglich der pariser Ausstellung von 1867 sind jetzt Verhandlungen in dem Sinne eingeleitet, daß sämtliche nördlich vom Main gelegene deutsche Staaten als eine gemeinsame Gruppe unter Preußens Führung auftreten. Diese Verhandlungen scheinen nur in Sachen Schwierigkeiten zu finden. — In den in Preußen einzuverleibenden Ländern macht es einen bösen Eindruck, daß ihnen ihre Verfassungen genommen werden und statt dessen eine Diktatur eingeführt werden soll. Die Auslegung, als wenn die Versprechungen der preussischen Commandeure nur für die Dauer des Kriegszustandes gegeben seien, erachtet man nicht als stichhaltig. Wenn u. A. Herr v. Beyer seinen „bestimmten Versicherungen“ die Worte hinzugefügt hat: „so weit die bundesstaatliche Einigung Deutschlands nicht Aenderungen (nämlich der Verfassung) erfordere“, so ergiebt sich daraus, daß er dabei nicht einen vorübergehenden Zustand im Auge gehabt hat. — Das preussische Gouvernement im Großherzogthum Hessen hat einen Artikel des dortigen „Regierungsorgans“, der „Darmstädter Zeitung“, bestanden, so daß das Blatt mit einer Censurklade erscheinen mußte, ein Beweis, wie streng die Presse in den besetzten Ländern von der preussischen Regierung beaufsichtigt wird.

Die Presse Frankreichs ist noch außerordentlich sparsam mit Erörterungen über den Ministerwechsel. Die „Opinion nationale“ sagt heute in ihrem Leitartikel, daß der Rücktritt des Herrn

Drouyn de Lhuys von Vielen zugleich als das Zeichen eines intimen Einverständnisses mit Preußen und als die Bürgschaft der treuen Ausführung des Septembervertrages angesehen werde. Daß das Verhältniß zwischen Rußland und Preußen, dessen Natur bei Gelegenheit der Sendung Mantuffels zu Tage trat, dem Ministerwechsel nicht ganz fremd gewesen, ist eine Annahme, die durch einen bedeutamen Artikel der „France“ über Rußlands Haltung heute noch unterstützt wird. In demselben wird ausgeführt, daß bis zur Wiederherstellung neuer Verträge zwischen den europäischen Mächten jede einzelne Macht die alleinige Richterin über ihr Verhalten sei, darauf beruhe die gegenwärtige Krisis; bei internationalen Krisen sei es aber, wie bei allen anderen; die Mächtigen überleben und werden mächtiger, und die Schwachen unterliegen. Daraus ergebe sich als erste Folgerung, daß man die Kriegsmacht nicht vermindern dürfe. — In der That scheint diese Folgerung höchsten Ortes für dringlicher erachtet zu werden, als liberale Reformen oder die Einführung des allgemeinen Unterrichts, die Herr Guérault verlangt. Wenigstens wird berichtet, daß die Fabrication von Schießpulver in der letzten Zeit solche Dimensionen angenommen habe, daß man in Vincennes nicht einmal den Freunden der Jagd zur Eröffnung derselben am 1. d. M. Pulver verkaufen wollte. Der „Köln. Ztg.“ wird ferner geschrieben:

Es ist ganz außer Zweifel, daß der Rücktritt des Herrn Drouyn de Lhuys hauptsächlich dadurch bedingt wurde, daß der Kaiser für den Augenblick die Idee aufgegeben hat, schon jetzt von Preußen Compensationen zu verlangen. Die Ernennung des Marquis de Moustier an die Stelle des Herrn Drouyn de Lhuys beweist dies auch schon zur Genüge. Herr de Moustier, der längere Zeit französischer Gesandte in Berlin war, ist nämlich dort eine angenehme Persönlichkeit und ganz geeignet, die guten Beziehungen zwischen Berlin und Paris wieder herzustellen. Es dauerte jedenfalls lange, ehe man in Paris davon abstand, Schritte zu thun, die zu einem Konflikt mit Preußen, resp. Deutschland führen konnten. Ohne Einfluß auf die betreffenden Verhältnisse blieben jedoch keineswegs die Kundgebungen in Deutschland gegen jede fremde Einmischung in die deutschen Angelegenheiten. Herr Drouyn de Lhuys hatte allerdings noch einen anderen Grund, seine Entlassung einzureichen, nämlich den, daß seine Ansichten nicht ganz die sind, welche der Kaiser in Betreff der Lösung der römischen Frage hat. Drouyn de Lhuys gilt für einen eifrigen Verfechter der Unabhängigkeit des heiligen Stuhles und der weltlichen Macht des Papstes. Seine Entlassung im Augenblicke, wo die September-Konvention zur Ausführung kommen soll, legt man also dahin aus, daß man sich von Paris aus der Besignahme Roms durch die Italiener nicht ernstlich widerlegen werde. Wie der „Temps“ meldet, war man in Berlin schon seit mehreren Tagen auf offiziöse Weise von der Entlassung des Herrn Drouyn de Lhuys, der dort bekanntlich für einen eifrigen Verfechter der österreichischen Allianz gilt, in Kenntniß gesetzt worden. Ihm zufolge macht dieselbe in Berlin einen ausgezeichneten Eindruck, und man ist jetzt dort sicher, daß das gute Einvernehmen mit Frankreich vor der Hand durch nichts gefährdet werden soll.

Nach dem „Advertiser“ treibt der Kaiser Napoleon die Verstellungskunst so weit, daß die Pariser ihn anfahren sehen, während er eigentlich schon mit dem Tode ringt. Er läßt sich mit seinem Sterbebette in den Wagen schaffen. [1] Abgesehen von diesen offenbaren Uebertreibungen steht so viel fest, daß die Gesundheit des Kaisers auf „ihonernen“ Füßen steht.

In **Dänemark**, wo man seit dem letzten Kriege um die Erbprinzthümer an einem Armeereorganisations-Plane arbeitet, ist man jetzt zu einer Entscheidung gelangt. Nach diesem Projekte wird, wie wir der „Nord. Allg.“ entnehmen, die Stellvertretung ganz abgeschafft. Jeder Waffenfähige muß dienen. In der Rekrutenschule wird die Mannschaft nach der Tüchtigkeit in drei Klassen eingetheilt, wovon die erste Klasse in Friedenszeiten 5 Monate, die zweite neun Monate und die dritte achtzehn Monate dienen muß. Aus der ersten Klasse werden alsdann die „freiwilligen“ Unter-Korporale (Gefreiten) rekrutirt, welche nach 16monatlichem Dienste eine Baarvergütung von 30 Rthlrn. erhalten, indeß den Unteroffizieren nach 3 Jahren 200 und nach 5 Jahren 400 Rthlr. gutgeschrieben werden sollen. Der Gemeine kann auf diesem Wege zum Hauptmann und Compagnie-Führer avanciren, ohne sich einem besonderen Examen unterwerfen zu müssen. Für die höheren Offiziersposten wird dagegen ein Examen angeordnet werden, jedoch nicht in anderen Fächern, als denjenigen, welche in einer jeden Schule gelehrt werden. Die Dissee-Anstalt Boraholm, welche bislang ihre eigene Militz besaß, wird mit in die allgemeine Wehrpflicht hineingezogen.

Rußland sucht nach einem Schreiben von der russischen Grenze in der „Ost. Ztg.“ ein Schutz- und Trugbündniß mit der großen amerikanischen Republik zu schließen, der es darum zu thun ist, eine Flottenstation im mittelländischen Meere zu erhalten. Die zweite Macht, deren Bündniß selbst die jung-russische (preussfeindliche) Partei in's Auge faßt, sei Preußen. Der Korrespondent bemerkt dazu:

Rußland kann sicher darauf rechnen, daß, wenn Preußen sich in dieser Frage zu seiner bewaffneten Unterstützung entschließen sollte, der damit beanspruchte Lohn nicht gering sein wird. Unter den preussischen Forderungen dürfte die Forderung der Eröffnung der russischen Grenze für den preussischen Handel, jedenfalls eine hervorragende Stelle einnehmen. Schon seit längerer Zeit schweben zwischen dem berliner und dem Petersburger Kabinet Unterhandlungen wegen Abschluß eines Handels-Vertrages, die aber noch immer nicht zu dem erwünschtesten Ziele geführt haben. Wie wir hören, ist die Forderung eines Handelsvertrages seitens Preußens in letzter Zeit entschiedener und dringender geworden, und Graf Bismarck soll sich sogar auf die Bestimmungen des wiener Traktates berufen haben, welche den ehemals polnischen Landesheilen freien Handelsverkehr gewährleisteten und die lediglich durch die Schuld der russischen Regierung nicht zur Ausführung gekommen sind. Davon mag Rußland sich überzeugen halten, daß die eadliche Erfüllung dieser vertragsmäßigen Bestimmungen seinerseits auch unabhängig von der orientalischen Frage stets eine dringende Forderung Preußens und die Bedingung seiner ferneren Sympathie und Freundschaft bleiben wird.

Ämtliche Berichte und zahlreiche Handelsbriefe verkünden, daß die **Worte** sich selten in einer so kritischen Lage befinden hat. Der Großvezier Mehemet Ruschdi Pascha hatte davon seine Ahnung, als er Fuad Pascha ersagte. Letzterer hatte schon durch seine finanziellen Schwindelereien die äufferste Noth hervorgerufen. Vergrößert wurde dieselbe noch durch die Aufstellung von Truppen an der Donau, an den albanischen Küsten, an der griechischen Grenze und auf Creta. Im Juli konnte der Interessen-Compon der allgemeinen Schuld nicht bezahlt werden und seine auf den 13. October verschobene Zahlung ist sehr zweifelhaft. In Konstantinopel entstehen Ementen und Verschwörungen in Folge des Elends der türkischen Bevölkerung und der unbezahlten Staatsbeamten. Unzufriedene oder Verweisende stecken einen Wald des Sultans am Boeaporus und eine kaiserliche Fabrik, sowie das Theater des Padiſchah in Brand. Das türkische Volk sah mit Schadenfreude zu. Die Rückkehr des Fuad Pascha an die Spitze der Geschäfte wird vielleicht wieder einige Finanz-

schwindelereien zur Folge haben, aber auch die türkische Revolution befördern, denn er gilt unter den Türken für einen Metternich und Polignac. Ein Aufstand gegen seine Wiederernennung wird für wahrscheinlich gehalten.

In **Amerika** hat die Convention von Philadelphia ihre Thätigkeit, die im Ganzen sehr passiver Art war, nach drei Tagen geschlossen. In Anbetracht, daß sie, wie die Unionisten im Süden sagen, eine neue „konföderirte“ Invasionsarmee war, kann man sich kaum darüber wundern, daß sie ganz militärisch eingerichtet war und daß Alles, wie nach Reglement, ohne unnützes Raisonniren vor sich ging. Die Veranſtalter der Versammlung hatten die anzunehmenden Resolutionen gleich „geschmitten und gedörrt“ (cut and dry) mitgebracht, ebenso eine von Herrn Raymond verfaßte „Ansprache an das Volk der Vereinigten Staaten“. Debatte wurde gar keine gestattet; Reden wurden nicht einmal gebildet, nachdem die Resolutionen angenommen waren, obschon diese wohlfeile Vergeltung sonst doch nie in einer amerikanischen Versammlung fehlen darf. Die Versammlung hatte absolut nichts weiteres zu thun, als nach Anleitung der Claue an den geeigneten Stellen der Ansprache und Resolutionen in „betäubendes, anhaltendes Jubelgeschrei“ auszubrechen und auf die Frage des Vorsitzers: „Ist Jemand gegen die Annahme der Beschlüsse?“ und Ruf Nein! das stillste Stillſchweigen zu beobachten, um nach der Ankündigung: „Die Beschlüsse sind mihin einstimmig angenommen“ abermals jubelnd aufzubrechen, Hüte zu schwenken, in die Hände zu klatschen etc. So weit wäre nun Alles gut; — was aber ist das Resultat der Versammlung? Nicht die Begründung einer neuen Partei. Dazu wären die Demokraten vielleicht vor einem halben Jahre noch geneigt gewesen, jetzt brauchen sie es nicht mehr. Denn seitdem hat Johnson so viel für sie gethan, daß ihm zu thun fast nichts mehr übrig bleibt; nichts weiter, als einfach die demokratische Partei für die feintige zu erklären. Er hat so vollkommen und unwiderstehlich Krieg an die republikanische Partei erklart, daß die Demokraten ihm nicht mehr eine goldene Mittelstation zwischen „beiden Extremen“ zu bauen brauchen. Er muß jetzt den letzten Schritt thun, falls überhaupt noch einer zu thun ist; denn zurück kann er nicht mehr. Die Convention hat also keine neue Partei-Organisation eingerichtet, sondern lediglich ein Programm aufgestellt und allen „Konservativen“ empfohlen, bei den bevorstehenden Wahlen für diejenige von beiden Parteien zu stimmen, welche sich zu den in diesem Programm ausgesprochenen Gesinnungen bekennen wird. Diese Partei wird natürlich die demokratische sein. — Am 18ten überreichte eine Deputation der Versammlung die Beschlüsse dem Präsidenten Johnson, der in einer wahrhaft pyramidal überschwänglichen Rede dafür dankte. Der Gedankeneinhalt der Rede war eine getreue Wiederholung einer Anzahl anderer seit dem 22. Februar gehaltenen und stimmte (außer in der weniger eleganten und mehr handbüchernen Form) vollständig mit den obigen Kundgebungen der Convention überein. Wichtig sind darin die offenbaren und deutlichen Drohungen mit staatsfeindlicher Gewaltthat. Der Präsident bemerkte unter Anderm:

„Ich glauke wir dürfen mit Recht annehmen, daß wir unter einer höheren Leitung uns bewegen und daß der Finger einer allbeherrschenden und untrübenden Verſehung dabei ist. Die Nation ist in Gefahr. Durch eine gewaltige, butige und verbängnißschwere Prüfung hindurchgegangen, finden wir uns doch noch von denselben Schwierigkeiten und Gefahren bedroht. Wenn unsere Braven, Offiziere wie Mannſchaft ihre Schuldigen gethan (gegen General Grant gewendet) und unwürdliche Perborenen gewonnen haben, so bleibt doch noch Großerees und Wichtigeres zu vollenden und wie ihrer Mitwirkung im Felde, so bedürfen wir jetzt ihrer Unterstützung, um den Frieden zu sichern. Von Seiten der Executive ist Alles geschehen, um die Union wiederherzustellen und Paktam in die Wunden zu gießen, die der Kampf geschlagen hat. Wir glauben und glauben noch, daß sei uns theilweise gelungen, wie aber das Werk der Versöhnung und Wiedervereinigung voranschritt, da fanden wir ein Element gegenüber, daß das wieder verdarb und Alles aufbot, um die Herstellung des Friedens und der Eintracht in der Union zu vereiteln. Wir sahen, wie eine Versammlung, welche sich den Congreß

der Vereinigten Staaten nennt, in Wahrheit aber nur ein Congreß eines Theiles dieser Staaten ist, wir sahen diese Versammlung sich den Anſchein geben, für die Union zu sein, während jede ihrer Handlungen darauf abzielte, die Union zu zerlegen und eine Auflösung der Union unweidlich zu machen. Statt Versöhnung und Harmonie zu fördern, trug ihre Gesetzgebung nur den Charakter der Strafe, Wiedervergeltung und Rache. Dies das Verfahren und die Politik des einen Theils der Staatsgewalten. Das beschreibende (humble) Individuum, das jetzt zu ihnen redet, ist der Vertreter eines anderen Theiles derselben. Gleichviel auf welche Weise es dazu gekommen diese Stellung einzunehmen, genug es ist durch die Bestimmungen der Landesverfassung dazu berufen worden und diese, die Magna Charta unserer Freiheiten, die Schutzwehr der bürgerlichen und religiösen Freiheit zeichnet ihm seine Haltung vor. Früh dazu angehalten sie heilig zu halten, werde ich die Verfassung, die mir während meiner ganzen politischen Laufbahn zur Richtschnur gebietet hat, nimmer aufhören zu verehren und sie als einzigen Führer zu betrachten. . . . Weiter vertheidigt sich der Präsident gegen den ihm gemachten Vorwurf der Willkür und Tyrannei. Sein Wesen und seine ganze Vergangenheit widerlege denselben. „Meine Natur ist eber deſenſü als aggressiv, aber einmal berufen zur Vertheidigung der Constitution und Freiheit, werde ich durch keine Macht der Erde mich von meinem Standpunkte vertreiben lassen.“ Der ihm gemachte Vorwurf sei eine Erfindung derjenigen, die ihr eigenes Gebahren damit beschönigen, die öffentliche Meinung mißleiten wollten. „Wie Thomas Jefferson sagte, Tyrannei und Despotismus können eben so gut und besser durch Biele als durch Einen ausgeübt werden. Wir sahen einen Congreß sich allmählich immer größere Eingriffe in verfassungsmäßige Rechte erlauben, Tag für Tag Fundamentalprincipien des Staates verletzen. Wir sahen einen Congreß, der zu verſehen schien, daß es eine Verfassung der Vereinigten Staaten gebe, daß die Sphäre der Gesetzgebung eine Grenze habe. Wir sahen, wie ein Congreß einer Minorität sich der Ausübung von Gewaltent annahmte, welche, wenn verſtattet, in Despotismus oder Monarchie auslaufen würde. Weis ich und andere gegen ein solches Treiben an den Patriotismus und das republikanische Gefühl des Landes appellirt, werden wir in der schändlichsten Weise angegriffen. Was, meine Herren, ist Ihre und meine Schuld? Daß wir es gewagt, zu der Verfassung unserer Väter zu stehen!“ Zu dem Sprecher der Deputation, Senator Newby Johnson, gewandt, fuhr der Präsident fort: „Ich betrachte die Verhandlungen der Convention als wichtiger, als die irgend einer anderen Convention, die jemals in den Vereinigten Staaten sich versammelte. Wenn ich mir diese Vereinigung von Bürgern vorstelle, freiwillig zusammengetreten, um des Landes Wohl zu beraten, und sie im Geiste mit jener Versammlung der Herren, die die Union zu ruiniren trachteten, vergleiche, so erscheint sie mir bedeutender als irgend eine Convention, die je, wenigstens seit 1787, getagt hat. Auch von ihren Erklärungen wage ich es auszusprechen, daß sie eine zweite Unabhängigkeitserklärung sind.“

Die neuesten Depeschen lauten: Paris, 5. Sept. Abend. Aus Konstantinopel wird vom 4. d. gemeldet: Die für Juli fälligen Coupons der türkischen Staatsſchuld werden am 13. October von der ottomanischen Bank eingelöst werden. Weitere Sendungen von Verſtärkungen nach Kandia wurden am 29. September suspendirt; man wolle das Resultat der Wiffen Mustafa Paschas abwarten, welcher die Zurücknahme der zuletzt aufgelegten Steuern anbieten sollte. Amerikanische Kriegsschiffe waren vor Kandia angelangt. Die Einwohner hatten den Schuß derselben augenirt.

Florenz, 5. Sept. Die „Gazzetta ufficiale“ meldet: Die Regierung hat aus Anlaß der in Oberitalien herrschenden Cholera Maßregeln für die Dislozierung der Armees getroffen. Vier Armeekorps werden auf die Linie Piacenza-Ancona, die übrigen nach dem venezianischen Festlande dirigirt.

Deutschland.

Berlin, 6. September. [Abgeordnetenhauſ.] Schluß der ersten, am Sonnabend, 1. September, stattgehabten Sitzung:

Ministerpräsident Graf v. Bismarck. Jeder hat in den Conflict der letzten vier Jahre geglaubt, recht zu handeln, wenn er so handelte, wie er es that. Ein Friedensschluß würde auch in den auswärtigen Verhältnissen schwerlich jemals zu Stande kommen, wenn man verlangte, daß ihm von einem von beiden Theilen übergeben sollte das Bekenntniß: „Ich lebe es jetzt ein, ich habe unrecht gehandelt!“ Wir wünschen den Frieden nicht, weil wir kampfunfähig sind in diesem inneren Kampfe, im Gegentheil, die Feind steht in diesem Augenblicke mehr zu unseren Gunsten als vor Jahren; wir wünschen ihn auch nicht, um einer etwaigen künftigen Anklage auf Grund eines künftigen Verantwortlichkeits-